

19.07.2006 - 07:14 Uhr

Media Service: Heute in der Handelszeitung vom Mittwoch, 19. Juli 2006: Themen siehe Lead im Text.

Zürich (ots) -

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Nachfolgend erhalten Sie erneut sieben exklusive News-Stories aus der neusten Handelszeitung:

1. Deutsche Spezialisten im Anmarsch: Schweizer

Versicherungsmitarbeiter erhalten immer mehr Konkurrenz aus Deutschland. Vom tieferen Lohnniveau profitieren die Firmen. Experten aus Deutschland bewerben sich immer zahlreicher bei Schweizer Versicherern. «Dieser Trend ist deutlich spürbar», sagt Bâloise-VR-Präsident Rolf Schäuble gegenüber der «Handelszeitung». «Die Zahl der Anfragen aus Deutschland ist klar gestiegen.» Chris Dunkel, Leiter Human Resources bei der Zürich Schweiz bestätigt diese Entwicklung: «Aus Deutschland erhalten wir auf Grund der angespannten Arbeitsmarktsituation bereits seit längerem regelmässig Bewerbungen.» Der Umbruch in der deutschen Versicherungslandschaft mit dem Abbau von Tausenden von Arbeitsstellen sorgt für grosse Verunsicherung. Gut ausgebildete Deutsche bewerben sich direkt oder via Stellenvermittler für einen Job in der Schweiz. Gemäss Angaben der Personalrekrutierer von Zurich Financial Services, Swiss Life, Bâloise, Helvetia-Patria und Mobiliar melden sich vor allem Softwareentwickler, Controller, Mathematiker, Riskmanager, Aktuare, Revisoren, Portfoliomanager und Übersetzer. Damit steigt der Druck auf die Schweizer Angestellten weiter an. In den letzten fünf Jahren gingen in der Privatassekuranz 8338 Stellen verloren. Die Konkurrenz aus Deutschland wächst, nicht zuletzt wegen den Arbeits- und Lebensbedingungen in der Schweiz, die als attraktiv gelten. « Wir rechnen damit, dass die Anzahl der Bewerbungen künftig zunehmen wird», sagt Dunkel. Zudem sind die Gehaltsforderungen der deutschen Spezialisten wesentlich tiefer und helfen den Versicherern die Personalkosten im Griff zu behalten.

2. Tito Tettamanti : "Verwaltungsräte sollten jedes Jahr neu gewählt werden" - «Ich bin gegen goldene Fallschirme» (grosses Interview)
Der Tessiner Financier und SIG-Grossaktionär über das neue Aktienrecht und die Debatte um die hohen Managersaläre. Er vertritt die Auffassung, dass Verwaltungsräte in der Schweiz künftig jährlich und individuell gewählt werden und Aktionäre mehr Auskünfte erhalten sollten.«Einige der goldenen Fallschirme für die Chefs, die ich in der Schweiz gesehen habe, sind eine Schande.»

3. Unaxis - Ronny Pecik: «Victory bleibt in Unaxis investiert» (Interview) Die Unaxis-Hauptaktionärin Victory dementiert Spekulationen über einen Ausstieg aus dem Technologiekonzern. Victory-Sprecher Ronny Pecik betont gegenüber der «Handelszeitung»: «Die heutigen Beteiligungsstrukturen der Victory bleiben vorderhand, wie sie sind.» Auch nach dem Verkauf einer 10,25%-Beteiligung von Unaxis an die russische Renova-Group erwägt Victory offenbar eine Wiederaustockung ihrer Anteile an der Schweizer Firma. Ronny Pecik: "Victory ist ausschliesslich für Unaxis zuständig. Das bedeutet, dass wir die finanziellen Mittel nicht für Zwecke ausserhalb von Unaxis verwenden werden." Planen Sie im Alleingang neue Akquisitionen in der Schweiz? Pecik: "Ich bin in weiteren Schweizer Unternehmen investiert."

4. LGT-Präsident S.D. Prinz Philipp von Liechtenstein über die Wachstumsperspektiven der Liechtensteiner Privatbank, die Abwanderung von Kundengeldern aus der Schweiz nach Singapur und den politischen Druck der EU auf die Finanzplätze Schweiz und

Liechtenstein. "Die Hochsteuerländer müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Anleger auf Singapur ausweichen, wenn sie Druck auf Liechtenstein und die Schweiz ausüben. So einfach geht das heute auch für die EU nicht mehr. Ich hoffe, dass dies in Europa bemerkt wurde. Dennoch müssen wir uns darauf einstellen, dass der Druck seitens der EU wieder zunimmt. Wie schützt sich der Finanzplatz Liechtenstein davor? Prinz Philipp: Wir sind heute besser gerüstet als noch vor fünf oder sechs Jahren. Damals hat man sich in der EU gegenseitig geschont und auf die Kleinen geschossen. Heute haben wir unsere Hausaufgaben punkto Regulierung und Geldwäscherei-Prävention gemacht und können mit dem politischen Druck seitens der EU besser umgehen. Wo wird die LGT in zehn Jahren stehen? Prinz Philipp: Wir wachsen heute mit 10%. Dieses jährliche Wachstum dürfen Sie auf zehn Jahre hochrechnen. Sie erwarten bis dahin also eine Verdoppelung der verwalteten Vermögen? Prinz Philipp: Ja, das ist möglich. Sicher werden wir geografisch noch breiter aufgestellt sein.

5. Micronas-CEO Wolfgang Kalsbach: "Micronas will im zweiten Halbjahr stärker wachsen"

Nach dem enttäuschenden 1. Halbjahr spricht Micronas-CEO Wolfgang Kalsbach für das 3. Quartal von einer Umsatzzunahme von 15% und steigenden Margen.(Interview)

6. Libanon-Krise - Auch Schweizer Firmen betroffen: Holcim-Sprecher Walker: «Wir mussten unser Depot schliessen» Der anhaltende Konflikt zwischen Israel und dem Libanon tangiert auch hiesige Unternehmen. Bei der Holcim-Filiale in Beirut geht beispielsweise gar nichts mehr. «Wir mussten unser Depot und unsere Transportzentrale in Beirut schliessen. Die Bautätigkeit ist vollständig zum Erliegen gekommen», sagt Roland Walker, Kommunikationschef des Beton- und Zementherstellers.

7. Neuer Lohnausweis: Den KMU droht mehr Papierkram - Gegner geben nicht auf Obwohl der neue Lohnausweis zu einer höheren Steuerbelastung führt, soll er Anfang 2007 eingeführt werden. Die Gegner geben nicht auf. Noch hofft der Schweizerische Gewerbeverband, dass das umstrittene Formular erst nach 2007 eingeführt wird. Grosse Hoffnungen setzt Gewerbeverbandsvizepräsident Marco Taddai in ein Gespräch mit Eveline Widmer-Schlumpf, Präsidentin der Schweizer Finanzdirektoren, nach den Sommerferien. Sie erteilt den Gewerblern zwar keine Abfuhr. Gegenüber der «Handelszeitung» sagt sie aber, dass ihr Gremium in dieser Sache keine Entscheidungsmacht habe: «Die Finanzdirektorenkonferenz ist rechtlich nicht legitimiert, die Empfehlung der Schweizerischen Steuerkonferenz oder Entscheide kantonaler Steuerverwaltungen zu modifizieren». Aus ihrer Sicht liege es an den kantonalen Steuerbehörden über den Lohnausweis zu bestimmen. Tatsächlich: In Kantonen wie Luzern, Aargau und Solothurn ist bereits klar, dass für Gemeinde- und Kantonssteuern der alte Lohnausweis behalten wird. Widmer hält dennoch nichts vom Alleingang der Kantone: «Wenn wir in den Kantonen mit unterschiedlichen Lohnausweisformularen anfangen, dann muss die immer wieder geforderte Bürokratiebefreiung begraben werden.» Was sie nicht weiss: Sollte das Gespräch mit ihr nicht fruchten, würden die kantonalen Gewerbeverbände ihre Steuerbehörden auffordern, das Einführungsdatum und den Satz für den Privatanteil des Autos kantonal zu ändern, sagt Marco Taddai.

Nähere Auskunft erteilt Ihnen gerne Martin Spieler, Chefredaktor Handelszeitung, Zürich.